



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Postulat von Marc Joset, SP-Fraktion: Fachausbildung der Sek I - Lehrkräfte an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz**

**Autor/in:** [Marc Joset](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 16. Januar 2014

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

An der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz wird der Theorie- und Forschungsanteil der Ausbildung stark gefördert - dies auf Kosten der Fachausbildung einerseits und der praxisorientierten Methodik und Didaktik andererseits.

Ein heutiger Studierender im Sek I - Lehrgang kommt nur noch in den Genuss von knapp 25 % Fachausbildung. In Zahlen ausgedrückt wurden früher für die Fachausbildung in einem Fach 60 *credit points* verlangt, was 56 Semesterwochenstunden entsprach.

Jetzt werden noch 23 *credit points* verlangt, was 16 Semesterwochenstunden entspricht.

Damit verfügen die Lehrkräfte nicht über den Rucksack, mit dem sie ein Leben lang Schule an den drei Zügen der Sek I Schule geben können. Zudem ist eine weitere Ausdünnung mit 4- und mehr-Fächerstudium geplant.

Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die fachliche Ausbildung an der Universität im bisherigen Rahmen zu absolvieren und dann an der Pädagogischen Hochschule das pädagogische und didaktische Rüstzeug zu erwerben. Da dieser konsekutive Studiengang aber ein Jahr länger dauert, ist er nicht sehr attraktiv.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- **ob die oben genannten Zahlen stimmen,**
- **ob der Regierungsrat die Meinung teilt, dass der fachspezifischen Ausbildung mehr Gewicht gegeben werden soll,**
- **ob eine bessere Ausschöpfung der Synergien mit der Universität möglich und sinnvoll ist und**
- **ob der Regierungsrat bereit ist, sich bei folgenden Gremien für eine Erhöhung der fachspezifischen Ausbildung auf 60 % einzusetzen: Fachhochschulrat, Direktion PH FHNW, IPK und bei der Erziehungsdirektorenkonferenz.**

(Ein Vorstoss mit dem gleichen Anliegen wurde auch im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt eingereicht.)